

vorliegen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8425 – Neudruck. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8425 – Neudruck – angenommen**.

Wir kommen zu:

#### **4 Mehr Gründerinnen und Unternehmerinnen in Nordrhein-Westfalen: Gründungsklima für Frauen verbessern!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8442

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordneten Müller-Rech das Wort.

**Franziska Müller-Rech** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! NRW kann es sich nicht leisten, auf Kompetenz, Kraft und Kreativität von Frauen in unserer Wirtschaft zu verzichten.

Direkt zu Beginn möchte ich Ihnen drei Fakten mitgeben: Junge Frauen sind beim Berufseinstieg besser ausgebildet als Männer, divers besetzte Teams sind ein Erfolgsfaktor für Unternehmen und Unternehmensgründungen, und Frauen haben einen sehr großen Anteil an unserer wirtschaftlichen Leistung.

Ob Start-up, Handwerk oder Mittelstand – jedes Unternehmen profitiert von Frauen. Deswegen wollen wir die Gründungsdynamik in unserem Land beleben und zu einer innovativeren Wirtschaft beitragen. Dafür möchten wir heute Hürden abbauen und Türen öffnen.

(Beifall von der FDP)

Fünf schnelle Punkte. Erstens brauchen wir weibliche Vorbilder, damit wir stereotype Denkmuster und Vorstellungen aufbrechen können. Erfolgreiche Unternehmerinnen sollen zum Beispiel in Schulen und Bildungseinrichtungen kommen und zeigen, was möglich ist, über ihr Unternehmertum berichten und damit ein positives Bild vermitteln.

Zweitens brauchen wir mehr öffentliches Bewusstsein und dafür Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Kampagnen. Wir sollten auch die sozialen Medien nutzen und Feminismus dort als positives Thema

besetzen. Wir alle wissen: Junge Frauen interessieren sich nicht nur für Schminken und Schön-Anziehen; Unternehmerinnen sind schon jetzt in sozialen Medien, zum Beispiel auf TikTok, erfolgreich und berichten von ihren Unternehmen. Das müssen wir unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Drittens: Beratungs- und Unterstützungsangebote. Frauen gründen anders als Männer. Sie wollen besser vorbereitet sein. Sie wollen von der Idee bis zur Finanzierung alles von vornherein durchdenken. Beratungsangebote sind ihnen sehr wichtig. Laut einer Studie sind das zum Beispiel Beratungsleistungen, fachliche Workshops zu Hard und Soft Skills, Fördermittel, aber auch Netzwerkveranstaltungen sowie Mentoring und Coaching. Genau durch solche gezielten Angebote lässt sich Wissen vermitteln. Das sorgt für Empowerment und Vernetzung.

70 % der befragten Frauen haben in dieser Studie angegeben, dass sie sich für Fördermittel für die Unternehmensgründung interessieren, aber nur 20 % haben sie bislang genutzt. Da liegt ganz viel Potenzial.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Es ist selbstverständlich, dass wir bessere Möglichkeiten brauchen, um Familie und Beruf und eben auch Familie und Gründung besser miteinander zu verzahnen.

(Beifall von der FDP)

Der vierte Punkt betrifft den unternehmerischen Austausch. Auch da können wir besser werden, indem wir zum Beispiel Plattformen schaffen, um Netzwerke, Kooperationen und den Erfahrungsaustausch zu stärken. Studien zeigen, dass Frauen gerne gemeinsam Ziele verfolgen und sich austauschen möchten. Deswegen möchten wir, dass sie mehr Möglichkeiten bekommen, um das zu tun, zum Beispiel mit einem regelmäßigen Unternehmerinnengipfel.

Lassen Sie mich – fünftens – zu Förderprogrammen kommen. Förderprogramme gibt es schon, zum Beispiel EXIST-Women oder die Initiative Klischeefrei. Wir brauchen nicht zwingend neue Formate, aber wir müssen unbedingt für mehr Aufmerksamkeit für solche Förderprogramme sorgen, um die Unternehmerinnen bzw. die künftigen Unternehmerinnen dadurch zu erreichen.

Die Förderprogramme müssen natürlich auch regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt werden.

Insbesondere möchten wir, dass auch Alleinstehende, Alleinerziehende und Migrantinnen stärker in den Blick genommen werden.

(Beifall von der FDP)

Wir sprechen in diesem Hohen Haus sehr viel über den Fachkräftemangel und die Frage: Wie können wir ihn abfedern? – Unter anderem dadurch, indem wir die Stärken von Frauen in unserem Land stärker anerkennen.

Wir wollen eine Zeitenwende. Ich bin mir sicher: Irgendwo sitzen viele Frauen mit großartigen Ideen und der Lust, diese Herausforderungen anzupacken.

Dazu passen zum Beispiel Studien zum Social Entrepreneurship. Wenn es darum geht, Sozialunternehmen zu gründen, liegt der Frauenanteil in Führungspositionen schon jetzt bei 52,7 %.

Frauen geht es also nicht primär oder allein um finanzielle Erfolge, sondern häufig auch um höhere Ziele, zum Beispiel um den gesellschaftlichen und sozialen Einsatz und um nachhaltige Veränderungen des Gemeinwohls.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Bostancieri.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ja, gerne.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Wunderbar. – Bitte schön.

**İlayda Bostancieri (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Erkennen Sie an, dass wir über diese Themen schon beraten haben und dass wir im letzten Jahr einen Antrag eingebracht haben, um die Kompetenzzentren Frau und Beruf auf sichere Beine zu stellen und weiter zu fördern, Sie aber in den letzten Haushaltsberatungen die Finanzierung der Kompetenzzentren Frau und Beruf infrage gestellt haben? Diese Kompetenzzentren gehen aber, wenn ich es richtig sehe, mindestens vier von fünf Beschlusspunkten, die Sie in Ihrem Antrag vorbringen, bereits an und arbeiten an ihnen.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Bitte schön, Frau Müller-Rech.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie mir die Gelegenheit geben, dazu auszuführen und auch noch einmal das zu wiederholen, was wir damals schon in der Haushaltsdebatte gesagt haben.

Die Kompetenzzentren Frau und Beruf haben eine Landesförderung erhalten. Wir haben sie auch schon unter Schwarz-Gelb gefördert. Die Situation war jetzt

so, dass eine Kofinanzierung eingestellt wurde und die Landesregierung sich dazu entschieden hat, vollständig einzusteigen und es vollständig abzufedern.

Wir haben immer wieder gehört, dass es sich trotz eines Haushaltswachstums um einen Sparhaushalt handele. So framt es zumindest die Landesregierung. Gleichzeitig haben wir gesehen, dass Sie trotz dieses Aufwuchses bei den Kompetenzzentren am Gewaltschutz für Frauen und Männer und auch an der Täterarbeit gespart haben. Das haben wir kritisiert.

Wir haben den Vorschlag gemacht, diese Mittel abzuschmelzen und damit den Gewaltschutz stärker zu unterstützen, um beides gewährleisten zu können, also durchaus Mittel bei den Kompetenzzentren einzusparen, aber das wichtige Thema „Gewaltschutz“ nicht zu vernachlässigen, damit Frauen, wenn sie Opfer von Gewalt werden, zum Beispiel überhaupt einen Platz in einem Frauenhaus bekommen können und nicht das Gefühl haben, alleingelassen zu werden. Wir haben gesagt: Da haben Sie die falschen Prioritäten gesetzt.

Ich möchte dazu noch ergänzen, dass wir bei den Kompetenzzentren Frau und Beruf immer wieder die Evaluierung anmahnen. Diesen Punkt habe ich vorhin auch in meiner Rede herausgestellt. Es ist wichtig, dass wir Förderprogramme machen. Aber es ist noch wichtiger, dass wir sie auch regelmäßig überprüfen und schauen, ob sie tatsächlich die Leistungen erbringen und den von uns als Parlamentariern gewünschten Zweck erfüllen können. Das müssen wir unbedingt weiterhin tun.

(Beifall von der FDP)

Noch eine Anmerkung: Bei den Kompetenzzentren Frau und Beruf geht es auch darum, dass diese Kompetenzzentren mittelständische Unternehmen beraten sollen, wie sie stärker unterstützen können, dass dort Frauen in Führungspositionen kommen.

Entschuldigen Sie, dass ich immer noch bei der Beantwortung der Zwischenfrage bin. Es war nämlich eine sehr gute Frage.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was sonst?)

Die Kompetenzzentren beraten also mittelständische Unternehmen. Es geht darum, dass in den mittelständischen Unternehmen die Diversität gefördert wird und dort mehr Frauen in Führung kommen. Dieses Anliegen unterstützen wir.

In meiner heutigen Rede und dem Antrag geht es aber um etwas anderes, und zwar um das Gründen und darum, wie wir Gründerinnen und Entrepreneurinnen unterstützen können.

Die Kompetenzzentren sind ein spannendes Thema, und ich freue mich, weiter mit Ihnen darüber zu diskutieren. Aber das war ein kleines Stückchen am Thema hier vorbei.

(Beifall von der FDP)

Jetzt komme ich wieder zurück zu meiner Rede und dann auch zum Schluss. Lassen Sie es mich zusammenfassen. Wir leben im 21. Jahrhundert immer noch in klassischen Rollenbildern. Frauen wollen und können die Welt besser machen. Das tun wir auch hier. Wenn sie gründen, sind sie statistisch übrigens auch nachhaltig erfolgreicher. Auch das sollte uns anspornen, Gründerinnen zu unterstützen.

Es kann nicht sein, dass das Potenzial großartiger Frauen irgendwo zwischen fehlendem Interesse und altertümlichen Vorstellungen verloren geht. Deswegen freue ich mich sehr, wenn wir gemeinsam zu guten Lösungen kommen, und freue mich auf die weitere Debatte im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt die Abgeordnete Wendland.

**Simone Wendland (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sind es nicht erschreckende Zahlen, die die FDP uns in ihrem Antrag unter der Überschrift „Gründungsklima für Frauen verbessern!“ präsentiert? Von bundesweit 2.618 Neugründungen habe es nur 446 in NRW gegeben, davon weniger als 20 % von Frauen – so die Zahlen des Startup-Verbandes, der sich, wie der Name nahelegt, in seiner Studie auf Start-ups konzentriert.

Das war jetzt ein bisschen ironisch. Denn die KfW-Bank gibt ebenfalls Studien zu Existenzgründungen heraus. Auch diese sprechen eine deutliche Sprache. Die Zahl der Existenzgründungen geht zurück, der Anteil der Frauen daran ebenfalls. Die neuesten Zahlen sind dort diejenigen des Jahres 2022. Demnach sind in Deutschland 550.000 Unternehmen gegründet worden, davon 37 % von Frauen. Nur zum Vergleich: 2015 waren es noch 763.000 Unternehmensgründungen, und der Frauenanteil lag bei 43 %. Es gab übrigens auch mal Zeiten, in denen es mehr als 1 Million Unternehmensgründungen gab.

Die Fokussierung auf Start-ups geht aber deutlich am Thema vorbei. Natürlich können wir möglichst viele Start-ups gebrauchen, und natürlich wäre es toll, wenn möglichst viele Frauen ein Start-up gründen würden. Aber in diesem Feld sind unsere eigentlichen Probleme doch ganz andere. Im Wesentlichen sind es zwei Probleme.

Das erste Problem ist: Wir haben zu wenige Unternehmensgründungen. Ich habe gerade aufgeführt, dass wir schon mal deutlich mehr Unternehmensgründungen hatten. Die KfW-Zahlen zeigen, dass es da einen ganz einfachen Zusammenhang gibt: Je stabiler der Arbeitsmarkt ist, desto weniger Existenz-

gründungen erfolgen. In so unterschiedlichen Ländern wie Portugal, Island, Litauen und Slowakei gibt es je 1.000 Einwohnern fünf- bis sechsmal so viele Unternehmensgründungen wie bei uns. Das zeigt: Es liegt weder am Wetter noch an der gesamtwirtschaftlichen Situation. Uns fehlt in Deutschland im Moment einfach ganz offensichtlich das Gründergen, die Lust an der Selbstständigkeit.

Das zweite Problem ist: Die Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit ist insgesamt zu niedrig. Etwa 73 % der Frauen und 80 % der Männer gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Der Abstand ist gar nicht mal so groß, und er sinkt tendenziell. Aber etwa 50 % der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit, während es bei den Männern nur 12 % sind. Jeder, der sich auch nur ein bisschen im wirklichen Leben auskennt, weiß: Selbstständigkeit und Teilzeit vertragen sich nicht so wirklich. Denn Selbstständigkeit heißt nicht nur „selbst“, sondern auch „ständig“.

Dass Frauen öfter in Teilzeit arbeiten als Männer, hat einen ganz einfachen Grund: Frauen leisten nach wie vor den größeren Teil der Care-Arbeit in den Familien – bei der Kindererziehung, bei der Pflege von Angehörigen. Wir sprechen sehr häufig darüber, zum Beispiel am Internationalen Frauentag und erst kürzlich auch am Equal Care Day. Und weil in den Kitas, in den Schulen und in der Pflege Arbeitskräfte fehlen, ist das auch nicht so schnell zu lösen.

Wir haben es also mit einer Problemlage zu tun, die nicht nur NRW, nicht nur Frauen und schon gar nicht nur Start-ups betrifft. Das Handwerk sucht dringend Frauen und Männer, die einen bereits bestehenden Betrieb übernehmen wollen – 125.000 in den nächsten fünf Jahren mindestens. Selbst wenn doppelt so viele Start-ups gegründet werden, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Bund und Länder haben das Problem erkannt und auch aufgegriffen. 2014 hat das Bundeswirtschaftsministerium die Initiative „FRAUEN unternehmen“ ins Leben gerufen. Die Landesregierung NRW hat am 4. März 2024 den Förderaufruf „Start-up Center.NRW“ gegründet.

In NRW haben wir auch – Sie haben es ja gesagt – die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“. Da geht es um ganz ähnliche Arbeitsbeschreibungen und Aufgaben und dieselben Themenfelder wie in Ihrem Antrag, Frau Müller-Rech: Netzwerke bilden, Beratungsangebote, Vorbildfrauen präsentieren, Förderprogramme. – Ganz wichtig: Wir stecken dort mehr Geld hinein.

Die wirklich entscheidenden Stellschrauben, um mehr Frauen in die Selbstständigkeit zu bekommen, sei es in Start-ups oder im Handwerk, stehen eben nicht im FDP-Antrag. Wir kennen sie aber alle. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für Selbstständigkeit insgesamt, mehr Wertschätzung für Unternehmertum, weniger Bürokratie und mehr Wagniskapital zur

Finanzierung von Unternehmensgründungen. Wenn dann noch verlässliche Kinderbetreuungsangebote und Pflegeangebote dazukommen, haben wir wirklich etwas für die Existenzgründung und die Selbstständigkeit von Frauen erreicht.

Anträge wie dieser verstellen den Blick auf die Wirklichkeit, Frau Müller-Rech.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Och!)

Dafür ist das Thema zu groß und zu wichtig.

Wir stimmen der Überweisung zu und diskutieren im Ausschuss gerne weiter. – Danke.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Anja Butschkau das Wort. Bitte sehr.

**Anja Butschkau (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD setzt sich für die Verbesserung der Bedingungen von Gründerinnen und Gründern ein. Auch wir wollen, dass sich mehr Frauen mit einem Start-up selbstständig machen.

Auch wenn uns das Ziel eint, Frau Kollegin Müller-Rech, tun wir uns mit dem vorliegenden Antrag doch schwer. Denn wenn wir darüber diskutieren, wieso es in Nordrhein-Westfalen weniger Gründungen als anderswo gibt und wieso weniger Frauen ein eigenes Start-up gründen, dann dürfen wir die strukturellen und regionalen Unterschiede, die in Nordrhein-Westfalen nun einmal vorhanden sind, nicht außer Acht lassen.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

In Düsseldorf haben wir beispielsweise ein anderes Gründungsklima als im Kreis Siegen-Wittgenstein oder in Herne. Erst wenn wir diese sehr heterogenen Bedingungen und Beweggründe analysiert haben, ist es möglich, passgenaue Maßnahmen für jede Region zu entwickeln. Solche passgenauen Maßnahmen brauchen wir eben auch. Dazu finden wir hier im Antrag aber leider nichts.

Auch die Gründe, aus denen sich Frauen seltener als Männer für eine Gründung entscheiden, kommen in dem Antrag unserer Meinung nach zu kurz. Laut KfW Research sind das mangelnde Sicherheit und fehlende Risikobereitschaft, fehlendes Finanzwissen, gravierende Benachteiligung beim Zugang zu Kapital und fehlende weibliche Rollenvorbilder. Leider liefert der Antrag auch auf diese teils sehr gravierenden Ursachen nur unzureichende Antworten. Eine Imagekampagne allein wird das nicht aufbrechen.

Ich sehe noch einen weiteren Grund, wieso die Gründungen stagnieren. Das ist der überall thematisierte Fachkräftemangel. Wieso soll jemand das Risiko eingehen und sich selbstständig machen, während man

als qualifizierte Fachkraft aktuell traumhafte Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt vorfindet?

Lassen Sie mich auch ein Wort zum Handwerk verlieren. Ich sehe es ebenfalls so, dass es hier ganz viele Karrierechancen für Frauen gibt. Aber wenn wir junge Frauen fürs Handwerk begeistern wollen, dann sollten wir sie nicht gleich mit Erwartungen überfrachten. Es ist richtig, ihnen Chancen und Karrierewege aufzuzeigen und für eine Ausbildung im Handwerk zu werben. Aber jungen Menschen zu suggerieren: „Du gehst jetzt ins Handwerk, damit du dann die Unternehmensnachfolge in einem Handwerksbetrieb übernimmst“, wird viele dann doch eher abschrecken. Genau diese Argumentationslinie finden wir jedoch im vorliegenden Antrag.

Einen weiteren Seitenhieb kann ich Ihnen leider nicht ersparen. Ihre Lobhudelei zur Einführung des Unterrichtsfachs Wirtschaft teilen wir absolut nicht.

(Beifall von der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Das überrascht uns!)

Denn diese ging zulasten der politischen Bildung in den Schulen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das! – Franziska Müller-Rech [FDP]: Das stimmt nicht! Das ist ein Märchen!)

Die politische Bildung fehlt in Zeiten steigender Hetze und Desinformation im Internet und des Angriffs der Neuen Rechten auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Den Forderungen im Beschlusstext dieses Antrags zu mehr Sensibilisierung, Vernetzung und einem Ausbau der Förderprogramme stimmen wir zu. Aber wir glauben, dass dies nicht ausreichen wird, um mehr Frauen zur Gründung eines Start-ups zu bewegen.

Der Antrag liefert vor allem auch keine Antworten zur besseren Vereinbarkeit von Karriere und Beruf. Unter solchen Bedingungen Alleinerziehende auch noch zu ermutigen, sich selbstständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen, verkennt unserer Meinung nach leider die Lebensrealität der Betroffenen.

All das sollten wir in den Ausschussberatungen vertiefen. Ich freue mich da auf eine lebendige Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielleicht freuen wir uns noch auf eine kleine Diskussion im Rahmen einer Kurzintervention. Die Kollegin Franziska Müller-Rech von der FDP hat sich gemeldet und hat jetzt für 60 Sekunden das Wort.

**Franziska Müller-Rech** (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, vielen Dank für die Einschätzung zu dem Antrag. Aber an einer Stelle muss ich Sie unbedingt korrigieren; denn Sie haben leider wieder das Märchen vorgetragen, dass das Schulfach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in der letzten Legislaturperiode zulasten der politischen Bildung eingeführt worden sei. Ich bitte Sie dringend, diese unbelegten Aussagen zu unterlassen; denn das schadet tatsächlich der politischen Bildung. Wir haben es so umgesetzt, dass die politische Bildung eben keine Kürzung erfahren hat, weil wir sie selber auch anerkennen.

Ja, tatsächlich ist an einzelnen Stellen an den soziologischen Inhalten gekürzt worden. Das gestehen wir ein.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha!)

Insgesamt sind aber der Fächergruppe der Gesellschaftswissenschaften mehr Stunden im Stundenplan beigemessen worden.

Frau Butschkau, ich freue mich auf die tolle Debatte über Gründerinnen. Aber bitte unterlassen Sie diese schulpolitischen Falschbehauptungen. Das ist schlicht nicht belegbar. Das redet das gesamte Schulfach Wirtschaft und auch die politische Bildung unnötig schlecht.

Übrigens ist vor allem die wirtschaftliche Bildung wichtig, auch das Entrepreneurship, das wir mit in die Lehrpläne aufgenommen haben, um für mehr Gründerinnen zu sorgen. Deswegen war dieser dämliche Zwischenruf gerade wirklich unangemessen. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Na ja. – Jetzt kommen wir zur Antwort. Bitte schön.

**Anja Butschkau** (SPD): Sehr geehrte Frau Kollegin Müller-Rech, ich bin weit davon entfernt, hier politische Falschaussagen zu treffen. Das möchte ich auch weit von mir weisen. Allerdings sieht die Realität in den Schulen in unserem Land so aus, dass sich die Inhalte im Fach Sozialwissenschaften zuungunsten soziologischer Inhalte verschoben haben, wie Sie gerade auch gesagt haben. Das bedauern wir sehr.

(Beifall von der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Sozialwissenschaften gibt es nur in der Sekundarstufe II, Frau Kollegin!)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Kollegin Laura Postma das Wort. Bitte sehr.

(Weiterer Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP] – Anja Butschkau [SPD]: Lass uns noch mal darüber reden!)

**Laura Postma** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktion! Liebe Kolleginnen, über das Thema „Schule“ haben wir heute Morgen lange genug diskutiert, denke ich. Daher komme ich zu dem Thema „Gründerinnen bei uns in NRW“ zurück.

NRW ist ein Land der Innovationen. Unverzichtbarer Motor für diese Innovationen sind unsere Start-ups. Als schwarz-grüne Koalition kümmern wir uns um ein gutes Gründungsklima, das alle einschließt. Mit unseren Anträgen zum Beispiel im letzten Plenum machen wir das Gründungsklima in NRW noch stärker, sozialer und nachhaltiger.

Im Frauenmonat März, in dem wir uns noch befinden, fällt Ihnen von der FDP nun auf, dass Sie auch etwas für Gründerinnen tun möchten. Das begrüße ich sehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich habe gute Nachrichten für Sie: Daran arbeiten wir längst. Wir setzen uns aktiv für Gleichberechtigung im Berufsleben ein.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir gehen die Frage einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Wirtschaftsministerin Neubaur hat beispielsweise bereits Ende letzten Jahres die Förderbedingungen für das Gründungsstipendium NRW verbessert. Bei der Geburt eines Kindes kann man nun unter anderem das Stipendium um drei Monate verlängern und während des Bezugs von Elterngeld auch für zwölf Monate aussetzen. Außerdem hat die Ministerin erst kürzlich eine Initiative für Mutterschutz für Selbstständige im Bundesrat gestartet.

Eine Forderung, die wir in diesem Zusammenhang oft hören und auch in Ihrem Antrag lesen, betrifft die Kinderbetreuung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet allerdings viel mehr als nur Kinderbetreuung.

Deswegen bin ich sehr froh, dass es uns und auch Ministerin Josefine Paul gelungen ist, die Kompetenzzentren Frau und Beruf in NRW in eine neue vierjährige Förderphase zu überführen. Diese Kompetenzzentren stehen Gründerinnen und KMU unter anderem bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützend zur Seite.

Die Kompetenzzentren tun das aber nicht nur beim Thema „Vereinbarkeit“. Vielmehr bieten sie auch Beratungs- und Vernetzungsangebote für Frauen an, die gründen möchten oder sich schon in der Unternehmensgründung befinden – mit Programmen wie „She starts: up!“ in Düsseldorf und der Region Mettmann oder dem Mentoring für Female Start-ups am Niederrhein.

Jetzt muss ich doch etwas verwundert auf vergangene Debatten – erst vor ein paar Minuten hier im

Plenum oder auch im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – zurückblicken, in denen Sie, Frau Müller-Rech, sich wiederholt zu den Kompetenzzentren geäußert haben. Sie haben – das wurde gerade schon von meiner Kollegin Frau Bostancieri gesagt – im letzten Jahr zum einen unserem Antrag zur Förderung und Weiterentwicklung nicht zustimmen können und zum anderen die erforderlichen Haushaltsmittel infrage gestellt; auch das haben Sie gerade noch einmal bekräftigt.

(Lachen von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich muss kurz etwas zur Klarstellung sagen, da Sie das Thema „Schutz vor Gewalt“ angesprochen haben. Es gibt keine Kürzungen, die die Fortführung bestehende Angebote verhindern. Wir haben neue Frauenhäuser in die Landesförderung aufgenommen. In naher Zukunft werden auch neue Frauenhäuser an den Start gehen. Insofern kann ich nicht erkennen, dass Ihre Aussage, wir hätten massiv gekürzt, richtig wäre.

(Beifall von den GRÜNEN, Matthias Kerkhoff [CDU], Wilhelm Korth [CDU] und Christina Schulze Föcking [CDU])

Wenn Sie hier gleichzeitig sagen, dass für die Kompetenzzentren, die diese wichtige Arbeit in der Beratung und Unterstützung leisten, bitte weniger Geld zur Verfügung stehen soll, führt mich das unweigerlich zu der Frage, wie nachhaltig Sie eigentlich an der Umsetzung Ihre eigenen Beschlusspunkte interessiert sind. Denn Sie fordern in Ihrem Antrag ja vor allem Dinge, die die Kompetenzzentren bereits umsetzen.

Des Weiteren fordern Sie mehr Sichtbarkeit, zum Beispiel durch Social Media oder Vorträge an Schulen. Ich stimme Ihnen zu, dass mehr Sichtbarkeit von weiblichen Vorbildern überall dort sehr wichtig ist, wo sie heute noch unterrepräsentiert sind – im MINT-Bereich, im Handwerk oder in unseren Führungsetagen. Diese Sichtbarkeit können wir gerne auch in den sozialen Medien verbessern. Nur führt mich das zu dem Punkt: Das ist schlichtweg nicht genug.

Wir müssen die strukturellen Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben viel effektiver verhindern. Deswegen gehen wir bereits einen Schritt weiter. Wir haben – auch im letzten Plenum – unter anderem auf den Weg gebracht, dass bei der durchgeführten Evaluierung von Fördermaßnahmen – Sie sprachen sie eben an – und bei neuen Programmphasen immer wieder der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen ist. Ebenso ist zu prüfen, inwieweit Potenziale gerade von Gründerinnen oder auch von Frauen mit Migrationshintergrund stärker berücksichtigt werden können. Außerdem soll im Start-up Center.NRW unter anderem ein Kompetenzzentrum zur Hochschulausgründung durch Frauen gefördert werden.

Natürlich werden diese strukturellen Dinge, die wir angehen, nicht über Nacht alles besser machen. Aber – ich komme noch einmal zum Punkt vom Anfang meiner Rede zurück – an all diesen Dingen arbeiten wir bereits.

- Höhere Sensibilisierung für das Unternehmertum: Diesbezüglich sind die Kompetenzzentren bereits aktiv.
- Mehr Öffentlichkeit für Veranstaltungen: Dafür sorgen die Kompetenzzentren.
- Niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote: Die Kompetenzzentren, aber auch andere Akteure wie die Business Angels sind hier aktiv.
- Vernetzungsplattformen: Frau Müller-Rech, ich weiß, dass ich mich wiederhole; aber auch das setzen die Kompetenzzentren Frau und Beruf bereits um.
- Zur Evaluierung bestehender Förderprogramme habe ich Ihnen gerade Punkte aus unserem letzten Antrag geschildert.

Zusammenfassend muss ich also feststellen: Wir arbeiten bereits kontinuierlich an der Verbesserung der Bedingungen für Frauen im Berufsleben.

Gerne können wir das im Ausschuss noch weiter erörtern. Deswegen stimmen wir der Überweisung zu. Ich freue mich auf die Debatte dort. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Loose von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Christian Loose<sup>\*)</sup>** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Frauen sind dümmer als Männer“ – so könnte man den Antrag der FDP ganz im Sinne eines Rainer Brüderle beschreiben.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Was?)

Denn nichts anderes steckt inhaltlich in diesem Antrag, in dem es heißt, dass die Frauen schlechter mit Steuern und Bürokratie umgehen können und deshalb die Hilfe des starken Vaters Staat benötigen.

(Zurufe von Lena Teschlade [SPD], Tim Achtermeyer [GRÜNE] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Dieser Antrag der FDP macht eine jahrzehntelang erfolgreiche Frauenbewegung zunichte. Frauen haben sich dafür starkgemacht, nicht diskriminiert zu werden und nicht als das schwache oder dumme Geschlecht betrachtet zu werden.

(Zuruf von Heike Wermer [CDU])

Und dann kommt dieser Antrag von Herrn Bockes und Herrn Höne von der FDP.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Mich hat dieser Antrag an eine Folge von „Der 7. Sinn“ aus den 70er-Jahren erinnert. In dieser Sendung ging es um Tipps für den Straßenverkehr. Die Frauen wurden in dieser Folge als ungeschickt dargestellt. Sie missachten häufiger die Vorfahrt und fahren langsam, weil ihnen die Übung fehlt. Sie können schlecht einparken. Wenn sie es dann doch mal geschafft haben, sind sie so blöd, dass sie die Tür öffnen, ohne auf die Radfahrer zu achten.

(Zurufe von Heike Wermer [CDU] und Frank Müller [SPD])

Außerdem benutzen sie den Rückspiegel nur zum Schminken. Im Film werden die Männer aufgefordert, keine Witze über Frauen zu machen, die nichts von Motor und Technik verstehen.

Dieses Klischee von der fehlenden Ahnung von Motor und Technik aus dem Film setzt sich in dem Antrag der FDP nahtlos fort. Für die Frauen seien die komplexen Steuerthemen eine Hürde, heißt es von der FDP.

(Lachen von Franziska Müller-Rech [FDP])

Deshalb fordert die FDP – ich zitiere –:

„niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Weiterbildung in finanziellen Fragen zu entwickeln, [...]“

Was wie eine Satire klingt, meint die FDP leider wirklich ernst. Dieser Antrag ist eine Verhöhnung der Intelligenz unserer Frauen, der Stärke unserer Frauen.

(Lachen von Franziska Müller-Rech [FDP])

Liebe FDP, unsere Frauen brauchen keine speziellen Schulungen, um Versicherungen und Verträge zu verstehen.

(Anja Butschkau [SPD]: Wer sind denn „unsere Frauen“?)

Es mag sein, dass Sie das anders sehen. Aber es ist so.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Es ist so, klar!)

Die Frauen in Deutschland sind stark.

Nein, unsere Frauen brauchen schlicht faire und gleiche Bedingungen, genauso wie Männer. Gründer, egal ob Frauen oder Männer, brauchen gute Rahmenbedingungen, das heißt geringere Steuern, geringere Abgaben, geringere Bürokratie, geringere Energie- und Standortkosten.

Aber bei diesen Themen wollen weder Sie noch der Rest hier im linken Saal etwas ändern.

Die AfD wiederum wird sich dieser Probleme annehmen, wie sie es schon in dem Zehnpunkteplan dargestellt hat;

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

denn die AfD ist die Partei der Lösungen,

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

die Partei für Freiheit, Wohlstand und Vernunft.

(Anja Butschkau [SPD]: Ja, ja! – Thorsten Klute [SPD]: So wie Maximilian Krahl!)

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ein paar erfolgreiche Frauen vorstellen – Frauen, die es ganz ohne einen FDP-Antrag geschafft haben.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Nummer eins wirkte in Minden. Fast 2 Milliarden Umsatz, fast 600 Mitarbeiter: Die Gründerin dieses erfolgreichen Unternehmens heißt Melitta, Melitta Bentz, und hat vor 150 Jahren den Kaffeefilter erfunden.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Nummer zwei ist einer von zwei Menschen auf der Welt, die zwei Nobelpreise in zwei unterschiedlichen Bereichen erhalten haben: Marie Curie, Nobelpreis in Chemie und Nobelpreis in Physik.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP], Julia Eisentraut [GRÜNE] und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

– Ja, Herr Achtermeyer, dass Sie diese Frau nicht würdigen, zeigt natürlich Ihre eigene ...

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Sie sind so empfindlich! – Weitere Zurufe: Ja!)

– So empfindlich sind Sie?

(Zurufe von den GRÜNEN und Franziska Müller-Rech [FDP])

Marie Curie ist eine erfolgreiche, wunderbare Frau, die wir alle schätzen sollten – Nobelpreis in Chemie und Nobelpreis in Physik.

Nummer drei wirkt ebenfalls in NRW: Frau Maja Voss, die Chefin von Tintometer aus Dortmund. Diese Firma stellt Geräte für die Wasseranalyse her, egal ob für Frischwasser, Abwasser oder Kühlwasser, und liefert in 140 Länder der Welt – wieder eine Frau.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

All diese Frauen brauchten keinen FDP-Antrag.

Auch in der Politik gibt es erfolgreiche Frauen – sei es die Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Italien, sei es die französische Oppositionsführerin Marine Le Pen oder sei es die promovierte Chefin der einzig

verbliebenen Oppositionspartei in Deutschland Dr. Alice Weidel.

(Zuruf von den GRÜNEN: Alles Nazis!)

Selbst bei den Grünen kann man als Frau ganz ohne Studienabschluss, ganz ohne Ausbildung und ganz ohne außerhalb der Politik gearbeitet zu haben Parteichefin werden.

(Zuruf von Julia Eisentraut [GRÜNE])

Sie sehen: Erfolgreiche Frauen brauchen diesen FDP-Antrag nicht. Erfolgreiche Frauen setzen sich schlicht durch.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Bei Ihrer Fraktion ist das aber nicht so!)

Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Entschuldigung, Herr Kollege Loose. Es liegt noch der Wunsch nach einer Zwischenfrage vor.

**Christian Loose (AfD):** Ich bin leider schon am Ende meiner Rede.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Und leider ein Feigling!)

Deswegen muss ich leider ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf: Das war aber souverän!)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Alles gut. – Für die Landesregierung hat nun Minister Oliver Krischer das Wort. Bitte sehr.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte den vorherigen Redebeitrag vielfältig kommentieren. Da wurde „Der 7. Sinn“ erwähnt. Der fiel mir auch bei der Rede gerade ein. Aber ich erspare mir das und komme zur Sache zurück.

Eigentlich hatte ich gedacht, dass in diesem Haus eine große Einigkeit besteht, dass wir mehr Gründerinnen brauchen und dass diese Gründerinnen mehr Aufmerksamkeit brauchen. Ich nehme das bei einem Großteil des Hauses auch so wahr. Ein kleiner Teil des Hauses hat damit offensichtlich Probleme und zieht das Ganze ins Kabarettistische, was ich dem Thema überhaupt nicht angemessen finde.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte zunächst auf die Zahlen eingehen, die in dem FDP-Antrag zu finden sind. Da ist eine Regionalauskopplung von gerade einmal 342 Start-ups

zugrunde gelegt worden. Das ist überhaupt nicht repräsentativ. Schaut man sich beispielsweise die Gewerbeanzeigen in Nordrhein-Westfalen an, sieht man dort einen Frauenanteil von 33 %. Bei den Gründungen in den Freien Berufen liegt der Frauenanteil sogar bei 53 %. Das ergibt schon ein völlig anderes Bild.

Aber natürlich bleibt festzuhalten: Der Anteil der Frauen bei den Unternehmensgründungen in Deutschland, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, ist immer noch viel zu gering.

Neben den im Antrag geforderten und längst mit Maßnahmen hinterlegten Punkten wie Sensibilisierung, Veranstaltungen und Beratungsangeboten – darüber ist gerade ausführlich gesprochen worden – richten wir als Landesregierung den Blick auf bessere Rahmenbedingungen.

Einer der vielen Gründe, die Frauen von einer Gründung abhalten, ist die Gleichzeitigkeit des Wunsches nach Familiengründung und des Wunsches nach Unternehmensgründung. Das fällt nämlich in die gleiche Lebensphase.

Wir wollen Frauen gleiche Chancen geben und haben deshalb auch eine entsprechende Initiative im Bundesrat gestartet. Wir erwarten von der Bundesregierung, für Selbstständige während der Schwangerschaft und nach der Entbindung gleichwertige gesetzliche Mutterschutzleistungen wie für Arbeitnehmerinnen zu schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN – Sven Werner Tritschler [AfD]: Was für ein Schwachsinn!)

Mit dem Gründungsstipendium NRW nehmen wir hier bereits eine Vorreiterrolle ein. Seit Oktober 2023 kann bei der Geburt eines Kindes das Stipendium um drei Monate verlängert und während des Bezugs von Elterngeld um bis zu zwölf Monate ausgesetzt werden. Wir gehen mit unseren Initiativen weit über das hinaus, was im Antrag der FDP überhaupt thematisiert wird.

Ich möchte zum Thema „Aufmerksamkeit“ kommen. Auch dies fördern wir aktiv. So stellen wir beispielsweise erfolgreiche Gründerinnen mit ihren vielfältigen Geschichten auf unseren zentralen Plattformen vor, zum Beispiel die Gründung einer Schülerin. Auch das ist wichtig, um gerade in der frühen Lebensphase auf das Thema aufmerksam zu machen.

Wir haben den Gründerinnenpreis NRW MUT. Wir haben Out of the Box.NRW, wo wir Rollenvorbilder präsentieren. Wir gehen an die Universitäten. Wir haben das Hochschulnetzwerk beispielsweise an der Bergischen Universität Wuppertal speziell für Gründerinnen und Gründer. Wir haben Mentorinnen-Programme. Wir haben vielfältige Aktivitäten, die die Aufmerksamkeit auf Gründungen von Frauen richten. Ich finde, das ist beispielhaft, auch im Vergleich zu anderen Ländern.

Wir wollen auch die Förderung der Gründerinnen und Gründer aus den Hochschulen weiterentwickeln. Dazu haben wir ein eigenes Förderprogramm gestartet. Der Förderaufruf dazu wurde Anfang März, also vor wenigen Wochen, gestartet.

Wir müssen aber auch die Finanzierung im Blick haben. Es ist für Frauen nämlich schwieriger, an Finanzierungen zu kommen. Es zeigt sich immer wieder, dass es Unterstützungen bedarf. Deshalb brauchen wir mehr weibliche Business Angels und mehr Frauen in Venture-Capital-Gesellschaften. Deshalb zielen wir darauf ab, die Stipendien, Förderprogramme, Wettbewerbe, die ganzen Jurys, die darüber entscheiden, möglichst paritätisch zu besetzen – genauso wie wir die vielfältigen Aktivitäten der NRW.BANK unterstützen, um Gründerinnen die Gründung zu erleichtern.

Wir brauchen mehr Gründerinnen und Unternehmerinnen. Dazu hilft ein wacher Blick auf die Bedarfe unserer Gründungsszene. Mit NRW Startup Reports erhalten wir einen tieferen Einblick in die landesweite Startup-Szene. Der Schwerpunkt dieses Reports liegt in diesem Jahr auf weiblichen Gründerinnen. Wir erhoffen uns damit wertvolle Impulse zur weiteren Verbesserung der Situation für Gründerinnen im Land. Das ist eine stete Verbesserung und bleibt eine Aufgabe, der wir als Landesregierung uns dauerhaft und kontinuierlich widmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8442 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

## **5 Kostenfreie Meisterfortbildung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen – Fachkräfte ausbilden, statt sie zu importieren!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/8426

Ich eröffne die Aussprache. Der Fraktionsvorsitzende der AfD Dr. Vincentz beginnt. Bitte sehr.

**Dr. Martin Vincentz\*** (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gerade über Gründungsklima gesprochen. Eine ganz praktische Möglichkeit, das Gründungsklima in NRW weiter zu verbessern, können wir uns anhand dieses Tagesordnungspunkt einmal anschauen, denn wir haben schon sehr oft an dieser und an anderer Stelle über den Fachkräftemangel gesprochen und eine Reihe von Anhörungen durchgeführt, nur konkrete Schritte lassen dann doch oftmals ein wenig vermissen.

So wäre die Meisterfortbildung eine praktische Möglichkeit, dem Gründungsklima, aber auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die wird oft an Meisterschulen durchgeführt, kostet dort mehrere Tausend Euro. Je nachdem, zu welchem Meister Sie sich fortbilden lassen, können das durchaus mal 12.000 Euro sein. Da entscheidet dann oftmals der Geldbeutel der Eltern, der eigene Geldbeutel, ob man sich das zutraut, ob man es macht oder nicht.

In einer Situation, in der wir von konservativer Seite vielleicht eher von einer bürgerlichen Leistungsgesellschaft träumen, von linker Seite vielleicht eher von Aufstieg durch Bildung, ist es eigentlich unhaltbar, dass es immer noch davon abhängt, wieviel Geld ich mitbringe, um gegebenenfalls meine persönlichen Bildungsabschlüsse und Bildungsideale zu verwirklichen.

Das ist in Bayern längst erkannt worden. Auch Hessen hat Folge geleistet. Man muss fairerweise sagen: Nicht alles ist schlecht in Bayern. Dort werden schöne Autos produziert, gutes Bier gebraut und eben eine kostenlose Meisterfortbildung eingeführt.

Zwei der drei Dinge erfüllen wir auch in NRW. Auch wir haben schöne Autos und gutes Bier, aber eben keine kostenlose Meisterfortbildung. Was wir haben, ist eine Meisterprämie. Die ist allerdings für die aktuellen Kosten deutlich zu niedrig angesetzt und so trennen manchmal Tausend, manchmal immerhin noch mehrere Hundert Euro von einer Kostenfreiheit der Meisterprämie. Da gibt es noch Luft, Raum und Möglichkeit, das zu verändern.

Das mag für den einen oder anderen hier im Raum eher banal klingen und vielleicht eine eher kleine Summe sein. Wenn man sich aber vorstellt, als Geselle quer einzusteigen und den Meister machen zu wollen, können das unter Umständen Summen sein, die eine Biografie gänzlich verändern und jemanden aktiv davon abhalten, diesen mutigen Schritt zu gehen, sich als Meister fortzubilden und dann unter anderem dazu beizutragen – egal ob Männlein, Weiblein oder was auch immer –, ein Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen zu gründen. Daran sollte uns allen gelegen sein.